



ZUSAMMENFASSUNG	1
DIE PRIORITÄT: BESCHÄFTIGUNG	4
EINE NEUE DYNAMIK FÜR DIE REFORM DES FINANZSYSTEMS	8
AUSEINANDERSETZUNG MIT DEN AUSWIRKUNGEN DER KRISE AUF ENTWICKLUNGSLÄNDER	11
KLIMAWANDEL: EIN „GERECHTER ÜBERGANG“ FÜR EINE EHRGEIZIGE UND FAIRE VEREINBARUNG ZUM KLIMAWANDEL IN KOPENHAGEN	13
ÜBER DIE KRISE HINAUS: EIN NEUES MODELL, UM DIE WIRTSCHAFT WIEDER INS GLEICHGEWICHT ZU BRINGEN	15

ERKLÄRUNG VON GLOBAL UNIONS ANLÄSSLICH DES G20-GIPFELS IN PITTSBURGH

# PITTSBURGH-ERKLÄRUNG VON GLOBAL UNIONS

24. UND 25. SEPTEMBER 2009

## ZUSAMMENFASSUNG

- Die Spitzen der G20 treffen in Pittsburgh vor dem Hintergrund von Berichten über ein Abflachen der globalen Rezession mit einer Verlangsamung des massiven Produktionsrückgangs in den meisten großen Volkswirtschaften sowie darüber zusammen, dass sich die Regierungen auf ein Ende ihrer Stimulierungsmaßnahmen vorbereiten. Dies wäre gefährlich verfrüht. Die Aussichten auf eine wirtschaftliche Erholung sind nach wie vor ungewiss und bestenfalls bescheiden, und die Verlangsamung des Niedergangs geht nahezu ausschließlich auf die Stimulierungsmaßnahmen der Regierungen zurück. Bisher gibt es noch keinerlei Anzeichen für eine nachhaltige Konjunkturerholung.
- Darüber hinaus steht in Bezug auf die Arbeitslosigkeit das Schlimmste erst noch an. Die Erfahrungen früherer Krisen haben eindeutig gezeigt, dass Arbeitslosigkeit ein Spätindikator ist, wobei die jüngsten Prognosen bestätigen, dass die Arbeitslosigkeit bis weit in das Jahr 2011 hinein hoch bleiben wird. Die Internationale Arbeitsorganisation (IAO) geht davon aus, dass sich die Zahl der Arbeitslosen bis zum Jahresende um weltweit 59 Millionen erhöhen wird. In den OECD-Ländern dürfte sich die Arbeitslosigkeit in den nächsten 18 Monaten nahezu verdoppeln und bis weit in das 2011 hinein doppelstellige Zuwachsraten zu verzeichnen haben. Mehr als 200 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer könnten in extremer Armut enden, vorwiegend in Entwicklungs- und Schwellenländern, wo kaum oder nur wenige soziale Sicherheitsnetze vorhanden sind, mit dem Ergebnis, dass sich die Zahl der arbeitenden Armen weltweit auf 1,4 Milliarden erhöhen könnte.

- 3 Die Arbeitslosigkeit stellt inzwischen die größte Einzelgefahr für die Erholung dar. Es ist von entscheidender Bedeutung, dass die G20-Länder ihre fiskalpolitischen Stimulierungsmaßnahmen bis zu einer wirklichen Konjunkturerholung fortsetzen und ausweiten. Gleichzeitig müssen die G20-Regierungen unverzüglich Maßnahmen ergreifen, um die wachsenden öffentlichen Schulden durch eine progressive Steuerreform und nicht durch Sparpläne zu finanzieren. Auf diese Weise hätten diejenigen Unternehmen und Manager, die die Krise verursacht haben, die Last zu tragen und nicht die Beschäftigten – die unschuldigen Opfer. Diese Maßnahmen sollten die Konzipierung einer globalen Steuer auf kurzfristige Finanztransaktionen beinhalten.
- 4 Und schließlich müssen die Spitzenvertreter/innen der G20 dafür sorgen, dass es nicht zu einer Rückkehr zu den üblichen Geschäftsgepflogenheiten, dem „Business as usual“, kommt. Obwohl die Krise durch das Platzen der Immobilienblase in den USA beschleunigt und durch unverantwortliche Finanzspekulationen verschärft wurde, sind die zugrunde liegenden Ursachen in den grundsätzlichen wirtschaftlichen und steuerungsbezogenen Ungleichgewichten zu sehen, die die direkte Folge von drei Jahrzehnten neoliberaler Wirtschaftspolitik sind, mit dem Ergebnis, dass die Früchte des Wachstums nicht an die Beschäftigten verteilt wurden. Es ist jetzt an der Zeit, die Lektionen aus dieser Krise zu lernen und eine nachhaltigere und gerechtere Zukunft zu gestalten.
- 5 Der G20-Gipfel in Pittsburgh muss vor allem ein „Beschäftigungsgipfel“ sein, um die sich verschärfende Krise auf den globalen Arbeitsmärkten in den Griff zu bekommen. Die internationale Gewerkschaftsbewegung ruft die Staats- und Regierungschefs dazu auf, eine abgestimmte und beschäftigungsorientierte internationale Konjunkturerholung einzuleiten und sich folgenden politischen Herausforderungen zu stellen:
- **Beschäftigung – die höchste Priorität:** Die G20-Mitglieder müssen unverzüglich Maßnahmen ergreifen, um ihre in London gemachten Zusagen zu erfüllen und weitere fiskalpolitische Stimulierungsmaßnahmen zu ergreifen, für ein verstärktes Gewicht auf der Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen sowie für einen angemessenen Sozialschutz zu sorgen und in die grüne Wirtschaft zu investieren. Sie sollten ein G20-Arbeitsministertreffen anberaumen, um sich mit den Auswirkungen auf die Beschäftigung zu befassen, und daran sollten auch die Sozialpartner teilnehmen. Die G20 muss eine Arbeitsgruppe für Beschäftigungsfragen einrichten und den von der IAO ausgehandelten Globalen Pakt für Beschäftigung bestätigen und umsetzen. Sie muss unverzüglich Schritte einleiten, um sich mit der wachsenden Jugendarbeitslosigkeit auseinanderzusetzen. (§8-18)
  - **Eine neue Dynamik für die Reform des Finanzsystems:** Die G20-Mitglieder müssen ihre Position als Großinvestoren in Banken nutzen, um die beim Londoner Gipfel zugesagte Re-Regulierung des Finanzsystems umfassend durchzuführen. Sie müssen dringend Maßnahmen ergreifen, um das Problem insolventer Banken in den USA und in Europa zu lösen, die Managervergütungen zu begrenzen und hart gegen unvertretbare Boni vorzugehen. Die G20-Regierungen sollten zudem Steuerreformen durchführen, bei denen es nicht nur um Steueroasen geht, einschließlich einer progressiven Steuerreform, der

Verhinderung von Regulierungsarbitrage und der Einführung einer globalen Steuer auf Finanztransaktionen, die dazu verwendet werden sollte, um die im Zuge der Krisenbekämpfung gemachten staatlichen Schulden zu finanzieren. (§19-24)

- **Auseinandersetzung mit den Auswirkungen der Krise auf die Entwicklung:** Es ist Unterstützung erforderlich für expansionsorientierte Konjunkturerholungsprogramme in Entwicklungsländern entsprechend den beim G20-Gipfel in London gemachten Zusagen. Die internationalen Finanzinstitutionen (IFI) müssen ihre unsinnigen Strukturanpassungsaufgaben aufgeben und den Entwicklungsländern den politischen Spielraum für die Durchführung wirksamer Stimulierungsprogramme lassen. Die G20-Länder sollten auf internationaler Ebene eine Reform durchführen, um die Anfälligkeit der Entwicklungsländer gegenüber Instabilität und Krisen zu vermindern, und dies in Zusammenarbeit mit der *Offenen Ad-hoc-Arbeitsgruppe der UN-Generalversammlung zur Frage der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise und deren Auswirkungen auf die Entwicklung*. (§25-29)
  - **Klimawandel:** Die Spitzen der G20 müssen den Weg ebnen für eine ehrgeizige Vereinbarung bei der Vertragsstaatenkonferenz (COP) 2009 in Kopenhagen. Sie müssen für Emissionssenkungen, die Förderung grüner Arbeitsplätze, die Mitfinanzierung der Kosten der Anpassung in Entwicklungsländern und das Konzept eines „gerechten Übergangs“ zum Schutz der Beschäftigten beim Übergang zu einer „grünen Wirtschaft“ im Verhandlungstext des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen (UNFCCC) eintreten. (§30-34)
- 6 Die in Pittsburgh am G20-Gipfel teilnehmenden Staats- und Regierungschefs müssen außerdem den politischen Willen aufbringen, mit der Politik der Vergangenheit zu brechen, um sicherzustellen, dass es nicht zu einer Rückkehr zum „Business as usual“ kommt, und sie müssen:
- **ein neues Modell schaffen, um die Wirtschaft wieder ins Gleichgewicht zu bringen:** Es bedarf einer Politik, die für ein neues wirtschaftliches Entwicklungsmodell sorgt, das wirtschaftlich effizient, sozial gerecht und ökologisch nachhaltig ist. Dieses Modell muss das Verhältnis zwischen staatlicher Intervention und den Marktkräften in der globalen Wirtschaft, zwischen der Finanz- und der Realwirtschaft, zwischen Arbeit und Kapital, zwischen Ländern mit einem Handelsüberschuss und denen mit einem Handelsdefizit sowie zwischen Industrie- und Entwicklungsländern wieder ins Gleichgewicht bringen. Vor allem muss es der Art von Politik ein Ende setzen, die in den letzten beiden Jahrzehnten zu massiver Ungleichheit zwischen und innerhalb von einzelnen Ländern geführt hat und die der derzeitigen globalen Krise zugrunde liegt. Eine gerechtere Umverteilung des Wohlstandes ist der einzige nachhaltige Weg aus dieser Krise – und die einzige Möglichkeit, um das Vertrauen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in das Wirtschafts- und Finanzsystem wiederherzustellen. (§35-38)
  - **die „global Governance“ verbessern:** Die G20-Regierungen müssen die Arbeit an der Charta für nachhaltiges Wirtschaften und an der globalen Norm für Angemessenheit, Integrität und Transparenz

abschließen. Die Charta muss die Agenda der IAO für menschenwürdige Arbeit beinhalten: Rechte bei der Arbeit, Beschäftigungs- und Verdienstmöglichkeiten, Sozialschutz und soziale Sicherheit sowie sozialer Dialog und Dreigliedrigkeit. Auf globaler Ebene sollten die IFI über eine formelle gewerkschaftliche Beratungsstruktur einen Dialog mit den Gewerkschaften führen. (§39-41)

- 7 Die Gewerkschaften und die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die wir vertreten, sind jedoch wenig zuversichtlich, dass die Regierungen und Banker dieses Mal die richtigen Maßnahmen ergreifen werden. Es ist von entscheidender Bedeutung, dass die Stimmen arbeitender Menschen in Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländern bei den G20-Diskussionen gehört werden. Die in der internationalen Gewerkschaftsgruppierung Global Unions zusammengeschlossenen Organisationen sind bereit, ihren Teil zur Gestaltung einer solideren, gerechteren und nachhaltigeren Zukunft für die globale Wirtschaft beizutragen. Sie müssen bei den Verhandlungen mit am Tisch sitzen.

## **DIE PRIORITÄT: BESCHÄFTIGUNG**

- 8 Obwohl in den letzten Monaten die Rede von ersten Ansätzen einer Konjunkturerholung und der Entspannung der Aktienmärkte war, sehen die Aussichten weiterhin trübe aus. Prognosen der OECD<sup>1</sup> zufolge wird das BIP in den G7-Volkswirtschaften während des Jahres 2009 um 3,7 Prozent zurückgehen, und für 2010 wird davon ausgegangen, dass die meisten G20-Länder bezüglich ihres BIP eine Stagnation oder bestenfalls eine zögerliche Erholung zu verzeichnen haben werden. Trotz besserer Nachrichten aus einigen Schwellenländern befinden sich zahlreiche Entwicklungsländer – von denen viele bereits seit einigen Jahren Wachstum ohne Beschäftigung erlebt hatten – weiterhin in einer verzweifelten Notlage, da das Wachstum zum Stillstand gekommen ist und das Pro-Kopf-BIP zurückgeht. Der IWF hat 26 Entwicklungsländer mit niedrigem Einkommen in Afrika, Asien, Gesamtamerika und Osteuropa als „höchst anfällig“ gegenüber den negativen Auswirkungen der globalen Rezession im Jahr 2009 bezeichnet<sup>2</sup>.
- 9 Der Zusammenbruch des Welthandels trägt maßgeblich zur Rezession bei, wobei exportabhängige Länder die größten BIP-Rückgänge zu verzeichnen haben. Dies geht größtenteils auf die schrumpfende globale Nachfrage zurück und nicht so sehr auf die Einführung von Handelsbeschränkungen. Jeder Versuch, die Löhne aus Wettbewerbsgründen zu senken, birgt die Gefahr einer weiteren Reduzierung der Nachfrage und eines Beitrages zu einer allgemeinen Deflation und muss verhindert werden. Stattdessen bedarf es wirksamer und abgestimmter internationaler Maßnahmen zur Erhöhung der Nachfrage – und keine sogenannte „Beggary-neighbour-Politik“ auf Kosten anderer Länder.
- 10 Die Arbeitsmärkte befinden sich im Strudel der Krise. Die Arbeitslosigkeit hat weiter stark zugenommen, und Prognosen zufolge werden die Quoten bis zum Jahresende für die OECD insgesamt doppelstellig sein und dies

1 OECD Interim Economic Assessment, 3. September, 2009

2 IWF, The Implications of the Global Financial Crisis for Low-Income Countries, 2009

auch in den Jahren 2010 und 2011 bleiben. Besonders betroffen werden davon Jugendliche sein: In vielen G20-Ländern wird die Jugendarbeitslosenquote bei über 20 Prozent liegen, und für die jungen Menschen, die in diesem Sommer die Schule verlassen haben, besteht die Gefahr, dass sie keinen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz finden.

- 11** Die aus früheren Finanzkrisen gelernten Lektionen machen deutlich, dass sich die Arbeitsmärkte langsamer erholen als die Wirtschaft insgesamt. Sie zeigen auch, dass ein beträchtlicher Anstieg der Arbeitslosigkeit, vor allem der Langzeitarbeitslosigkeit, extrem schwer rückgängig zu machen ist. Diese Lektionen weisen auf die Gefahr einer anhaltenden Rezession auf dem Arbeitsmarkt hin. Die IAO befürchtet, dass sich die Zahl der Arbeitslosen bis zum Ende des Jahres 2009 um weltweit 59 Millionen erhöhen könnte<sup>3</sup>. Mehr als 200 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer könnten in extremer Armut enden, vorwiegend in Entwicklungs- und Schwellenländern, wo kaum oder nur wenige soziale Sicherheitsnetze vorhanden sind, mit dem Ergebnis, dass sich die Zahl der arbeitenden Armen, die weniger als 2 US-Dollar pro Tag und Familie verdienen, weltweit auf 1,4 Milliarden erhöhen könnte. Davon werden unverhältnismäßig viele Frauen betroffen sein, die 60 Prozent der Armen weltweit ausmachen.
- 12** Vor dem Hintergrund einer drohenden anhaltenden Beschäftigungskrise sind dringend wesentlich kohärentere und besser international abgestimmte beschäftigungsorientierte Erholungsstrategien erforderlich als die, die bisher auf dem Tisch liegen. Die internationale Gewerkschaftsbewegung ist tief besorgt darüber, dass die fiskalpolitischen Stimulierungspakete bisher nicht umfangreich genug, geografisch unausgewogen und nicht genügend auf Arbeitsfragen ausgerichtet sind und zu langsam umgesetzt werden<sup>4</sup>. Von der OECD und der IAO vorgenommenen Auswertungen der Krisenreaktionen in über 40 Ländern zufolge konzentrieren sich die fiskalpolitischen Stimulierungsmaßnahmen nicht genug auf Beschäftigung und Sozialschutz. Darüber hinaus ist es ihnen nicht gelungen, das Problem eines fehlenden sozialen Schutzes und den dramatischen Rückgang individueller Rentenvermögenswerte in den Griff zu bekommen. Die Auswirkungen der Krise bekommen diejenigen am meisten zu spüren, deren Renten in die Kategorie der ungeschützten Systeme mit „festgelegten Beiträgen“ fallen, bei denen beim Eintritt in den Ruhestand keinerlei Rentensicherheit besteht<sup>5</sup>.
- 13** Darüber hinaus kommt es auch auf die Qualität der geschaffenen Arbeitsplätze an. Die Ausweitung prekärer Beschäftigungsformen und die Deregulierung des Arbeitsmarktes sind nicht die richtige Antwort auf die Beschäftigungskrise – die Unsicherheit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den letzten Jahrzehnten hat erheblich zu der heutigen Rezession beigetragen. Eine große Herausforderung sowohl für die Industrie- als auch die Entwicklungsländer besteht darin, wie in einer globalisierten Wirtschaft für Sicherheit auf dem Arbeitsmarkt gesorgt werden kann. Die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes darf nicht dadurch erreicht

---

3 IAO, Global Employment Trends Update, Mai 2009

4 IAO-IILS (ed.), The Financial and Economic Crisis: A Decent Work Response, Genf 2009, S. 8

5 OECD, Private Pensions Outlook 2008

werden, dass das Standardarbeitsverhältnis aufgelöst, die Arbeitnehmerrechtsbasis untergraben und die soziale Absicherung der Beschäftigten beträchtlich vermindert wird.

- 14** Die G20-Länder dürfen ihre fiskalpolitischen Stimulierungsmaßnahmen auf keinen Fall vorzeitig beenden. Im Falle einiger Länder könnte es notwendig sein, so lange einen zusätzlichen jährlichen Anreiz von mindestens 1% des BIP zu geben, bis es deutliche Anzeichen für eine Erholung gibt. Die Sanierungspakete müssen vor allem auf Wachstum und Beschäftigung sowie auf Investitionen in die grüne Wirtschaft ausgerichtet sein. Die Regierungen sollten Investitionen in Infrastrukturprogramme vorziehen, um die Nachfrage kurzfristig anzukurbeln und das Produktivitätswachstum in der gesamten Realwirtschaft mittelfristig zu steigern. Außerdem sind Investitionen in die soziale Infrastruktur (Krankenhäuser, Kindergärten, Schulen, Kinderbetreuungseinrichtungen) erforderlich. Damit würde auf einen dringenden sozialen Bedarf reagiert und für die Schaffung von Arbeitsplätzen gesorgt. Es sollten Maßnahmen ergriffen werden, um vor allem die Kaufkraft der Niedriglohnempfänger zu stützen, darunter die überwiegend weiblichen Alleinerziehenden. Besonders zu berücksichtigen ist in diesem Zusammenhang geschlechtsspezifische Diskriminierung, da Frauen in gering vergüteten Tätigkeiten bereits übermäßig stark vertreten sind und jetzt einen weiteren beträchtlichen Druck auf ihre Löhne erleben. Es bedarf eines politischen Engagements und einer wirksamen staatlichen Politik zur Auseinandersetzung mit den der fehlenden Gleichstellung der Geschlechter zugrunde liegenden Ursachen, um die vorhandenen Muster von Diskriminierung und Ausbeutung zu korrigieren, wozu die entschiedene Unterstützung der Sozialpartner erforderlich ist. In vielen OECD-Mitgliedsländern erhalten 50 Prozent oder mehr der Arbeitslosen keine Arbeitslosenunterstützung (obwohl sie möglicherweise stattdessen Anspruch auf Sozialhilfe haben), während die Mehrheit derjenigen, die in den Entwicklungsländern ihren Arbeitsplatz verlieren, auf keinerlei Form von Unterstützung Anspruch hat. Durch mehr Geld in den Taschen der Geringverdiener kann jedoch die Wirtschaft angekurbelt werden.
- 15** Eine Schlüsselpriorität muss darin bestehen, Arbeitsplätze zu erhalten, Belegschaften nicht auseinanderzureißen und die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu beschäftigen. Aktiven Arbeitsmarktinitiativen kommt dabei eine maßgebliche Rolle zu. Es müssen Programme durchgeführt werden, die die Gefahr von Arbeitsplatzverlusten und Lohneinbußen vermindern und finanzielle Unterstützung für diejenigen vorsehen, die Kurzarbeit leisten.
- 16** Der G20-Gipfel, der im April in London stattfand, hat die Schlussfolgerungen des G8-Sozialgipfels bekräftigt und gefordert, makroökonomische Maßnahmen durch eine Sozial- und Beschäftigungspolitik zu flankieren, die Arbeitslosigkeit und die Gefahr eines sozialen Ausschlusses vermeidet und einen raschen Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt ermöglicht. Hervorgehoben wurde bei dieser Gelegenheit die Notwendigkeit eines soliden sozialen Dialogs, wobei auf den Wert einer größeren Beteiligung der Beschäftigten am wirtschaftlichen Umstrukturierungsprozess hingewiesen wurde.

**17** Wir fordern die Spitzen der G20 auf:

- eine Arbeitsgruppe für Beschäftigungsfragen einzurichten und den von der IAO ausgehandelten Globalen Pakt für Beschäftigung zu bestätigen und auf nationaler Ebene umzusetzen;
- erstmals eine Tagung der G20-Arbeitsminister anzuberaumen, um die beschäftigungsrelevanten Auswirkungen der Krise zu erörtern. Dies sollte die formelle Beteiligung der Sozialpartner beinhalten.
- dafür zu sorgen, dass die wirtschaftlichen Erholungsmaßnahmen so viele Arbeitsplätze wie möglich schaffen und aktive Arbeitsmarktstrategien beinhalten;
- für eine angemessene soziale Absicherung und Arbeitsschutz zu sorgen, um die Schwächsten zu schützen und die Konjunkturerholung zu unterstützen;
- durch Bildungs- und Schulungsmaßnahmen in die Erschließung des Humankapitals zu investieren;
- sich mit den beschäftigungsrelevanten und sozialen Auswirkungen der globalen Krise auseinanderzusetzen, einen sinnvollen sozialen Dialog mit den Sozialpartnern zu beginnen und Maßnahmen zu ergreifen, um in dieser Zeit der zunehmenden Schutzlosigkeit die Rechte zu sichern.

**18** Darüber hinaus sollten die Spitzen der G20:

- unverzüglich Schritte einleiten, um sicherzustellen, dass die wirtschaftlichen Erholungsmaßnahmen in geeigneter Weise zum Erhalt und Schutz von Arbeitsplätzen beitragen und für eine soziale Absicherung sorgen;
- in die „grüne Wirtschaft“ investieren, um die Weltwirtschaft auf einen emissionsarmen Wachstumspfad zu bringen und gute Arbeitsplätze zu schaffen, indem der vom Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) geforderte „Green New Deal“ verwirklicht wird;
- der Gefahr einer Lohndeflation entgegenwirken und den Trend zunehmender Einkommensungleichheiten umkehren, indem die Tarifverhandlungen ausgeweitet und die die Löhne festlegenden Gremien gestärkt werden ;
- die Unternehmen davon abhalten, Beschäftigte zu entlassen, indem von vorübergehenden Verkaufseinbrüchen betroffenen Betrieben geholfen wird, beispielsweise durch die Unterstützung von Kurzarbeitsprogrammen, bei denen die Arbeitszeit gekürzt wird und nicht die Belegschaft;
- die sozialen Sicherheitsnetze und die aktive Arbeitsmarktpolitik anpassen, damit jugendliche Beschäftigte besser geschützt und unterstützt werden, indem u.a. die Kriterien für die Inanspruchnahme von Arbeitslosenunterstützung, Sozialhilfe und Schulungsangeboten erweitert und Auszubildende unterstützt werden, die nach dem Verlust ihres Arbeitsplatzes nicht in der Lage sind, ihre Ausbildung zu beenden. Die G20-Regierungen sollten „Beschäftigungsgarantien“ für jugendliche Beschäftigte vorsehen, die länger als sechs Monate arbeitslos sind;
- finanzielle Unterstützung bereitstellen, vor allem durch die Ausweitung der Arbeitslosenunterstützung. Möglich wäre Folgendes: Anhe-

bung der Unterstützungsleistungen; Verlängerung der Leistungsdauer; Erweiterung des Kreises der Unterstützungsberechtigten und Einführung befristeter und kurzfristiger Ausgleichszahlungen für Beschäftigte, die keinen Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung haben. Bei der Gestaltung von Programmen für die Arbeitslosenunterstützung sollte die Möglichkeit ausgeschlossen werden, dass die Arbeitgeber Einfluss darauf nehmen, ob und wann derartige Zahlungen vorgenommen werden.

- für die uneingeschränkte Achtung nationaler und internationaler Normen in Bezug auf die Rechte der Arbeitnehmer hinsichtlich der Beendigung des Arbeitsverhältnisses sorgen;
- sich mit dem Problem prekärer Arbeit befassen, von dem immer mehr Beschäftigte betroffen sind, vor allem Frauen. Prioritär muss es darum gehen, menschenwürdige und qualifizierte Arbeit zu schaffen, die Flexibilität durch angemessene Ausbildungssysteme zu erhöhen und den Beschäftigten ein Mitspracherecht zu geben, wenn Veränderungen vorgenommen werden.
- Maßnahmen ergreifen, um das geschlechtsspezifische Lohn- und Gehaltsgefälle zu beseitigen;
- dafür sorgen, dass Wanderarbeitskräfte dieselben Rechte wahrnehmen können wie andere Beschäftigte auch;
- sich mit der Rentenfondskrise auseinandersetzen, indem dafür gesorgt wird, dass die Arbeitgeber ihren Anteil am Rentenrisiko übernehmen, die bestehenden Garantiesysteme gestärkt und die Vorschriften für die Rentenfondsanlagen reformiert werden.

## **EINE NEUE DYNAMIK FÜR DIE REFORM DES FINANZSYSTEMS**

- 19** Die Finanzkrise liefert klare Anhaltspunkte für das Scheitern des begrenzten Ordnungsrahmens der Vergangenheit und des blinden Vertrauens in die Selbstregulierungskräfte des Marktes. Sie macht ferner deutlich, dass die Konzentration auf rein kurzfristige Gewinne untragbar ist.
- 20** Die Staats- und Regierungschefs der G20 müssen mit der Re-Regulierung der Banken und Finanzmärkte vorankommen. Der Finanzsektor ist zu groß und zu instabil geworden. Die Regierungen der G20 müssen Maßnahmen ergreifen, um sicherzustellen, dass er zu seiner legitimen und untergeordneten Rolle der Kreditvergabe an die Realwirtschaft zurückkehrt. Die Regierungen müssen ihre Position als Großinvestoren in Banken nutzen, um ein umfassendes Reformprogramm durchzuführen. Obwohl die beim Londoner Gipfel gemachten Zusagen einen gewissen Fortschritt darstellen, erfolgt deren Umsetzung in einigen Schlüsselbereichen zu langsam, u.a. in Bezug auf die Vorschriften für private Kapitalpools, Derivate und verbriefte Produkte. Das Gremium für Finanzstabilität (Financial Stability Board - FSB), das mit der Koordination des G20-Finanzreformprozesses beauftragt wurde, hüllt sich weiterhin in Schweigen.
- 21** Darüber hinaus hat der im Sommer 2009 in OECD-Ländern ausgebrochene Skandal der Boni für Banker und Händler in Milliardenhöhe deutlich

gemacht, wie dringend notwendig Maßnahmen sind, die weit über die in London gemachten Zusagen hinausgehen (siehe KASTEN 1). Diese unvertretbaren Zahlungen haben arbeitende Familien erbost, zumal sie in vielen Ländern mit der Zunahme prekärer Beschäftigungsformen zusammenfielen. Der Bonuskandal macht das Scheitern eines Systems der Corporate Governance (im Sinne einer verantwortungsvollen Unternehmensführung) deutlich, das zu stark auf den Aktionärswert ausgerichtet ist.

#### **KASTEN 1: WALL-STREET-BONI 2008: WAS MAN DAMIT FINANZIEREN KÖNNTE**

Angaben des New Yorker Generalstaatsanwalts Andrew Cuomo<sup>6</sup> zufolge haben die neun größten US-Banken, die zusammen USD 175 Milliarden an staatlicher Unterstützung im Rahmen des Hilfsprogramms „Troubled Asset Relief Program (TARP)“ erhalten haben, ihren Angestellten im Jahr 2008 Boni in Höhe von USD 32,6 Milliarden ausgezahlt. Damit hätte man Folgendes finanzieren können:

- den Fehlbetrag, um in den 68 Ländern mit niedrigem Einkommen drei Jahre lang eine Grundschulbildung für alle, die Beseitigung des Analphabetentums unter Erwachsenen und eine Kinderbetreuung sowie Bildungsangebote zu ermöglichen<sup>7</sup>;
- mehr als die Verdoppelung der offiziellen Entwicklungshilfe der USA im Jahr 2008 auf den OECD-Durchschnitt, d.h. 0,41% des Bruttonationaleinkommens anstatt 0,18% wie bisher<sup>8</sup>;
- die Streichung der verbliebenen Schulden aller hoch verschuldeten armen Länder (HIPC)<sup>9</sup>.

**22** Eine wichtige Lektion, die sich aus der Krise und der anschließenden Bankenrettung ergibt, besteht darin, dass wirksame, transparente und öffentlich rechenschaftspflichtige Aufsichtsgremien erforderlich sind, die über deutliche Regulierungs- und Durchsetzungsbefugnisse gegenüber Banken und anderen Finanzinstitutionen verfügen. Bisher haben die Regierungen das Problem insolventer Banken hauptsächlich dadurch gelöst, dass giftige Vermögenswerte auf staatliche Einrichtungen übertragen wurden, anstatt ein Aktienpaket zu übernehmen. Die Banken vergeben jedoch immer noch keine Kredite, wie es gedacht war, und die Kreditmärkte funktionieren nach wie vor nicht so, wie sie sollten. Die Regierungen sollten von den unterstützten Banken vollständige Transparenz und die Anerkennung von Verlusten fordern, anstatt sich auf deren „Bereitschaft“, ihre Bücher offenzulegen, zu verlassen.

**23** Die Regierungen müssen Maßnahmen ergreifen, um ihre Steuerbasis zu sichern und auszuweiten, damit die Krise in gerechter Weise finanziert werden kann. Dies erfordert einen Bruch mit der jüngsten Politik, bei der direkte Steuern gesenkt und indirekte Steuern – die grundsätzlich regressiver sind – erhöht wurden. Außerdem sollten die Steuersysteme, auch bezüglich Kapitalerträgen, reformiert werden, um die Finanzstabilität und die Rechenschaftspflicht zu erhöhen. Der Beschluss der G20, Steuerflucht

6 <[http://www.oag.state.ny.us/media\\_center/2009/july/july30a\\_09.html](http://www.oag.state.ny.us/media_center/2009/july/july30a_09.html)>.

7 <[http://www.unesco.org/education/gmr2009/press/efagmr2009\\_Highlights.pdf](http://www.unesco.org/education/gmr2009/press/efagmr2009_Highlights.pdf)>.

8 <<http://www.oecd.org/dataoecd/48/34/42459170.pdf>>.

9 <[http://siteresources.worldbank.org/INTDEBTDEPT/Resources/468980-1240603491481/Debt\\_PocketBroch\\_Spring09.pdf](http://siteresources.worldbank.org/INTDEBTDEPT/Resources/468980-1240603491481/Debt_PocketBroch_Spring09.pdf)>.

und Steuerumgehung durch verstärkte internationale Zusammenarbeit in Bezug auf Steueroasen in den Griff zu bekommen, wird als Schritt in die richtige Richtung begrüßt. Es muss aber noch wesentlich weiter gegangen werden. Steuersysteme, die Schulden begünstigen, und Regulierungsarbitrage haben gemeinsam ein Schattenfinanzsystem genährt (strukturierte Produkte, Hedge-Fonds, außerbilanzmäßige Transaktionen) und Investitionen künstlich subventioniert, wie etwa die außerbörsliche Bereitstellung von Eigenkapital (Private Equity), die andernfalls ganz einfach nicht tragfähig gewesen wären. Durch die Einführung einer internationalen Steuer auf kurzfristige Finanztransaktionen würden die übermäßige Risikobereitschaft und die Spekulation von Händlern überall begrenzt und gleiche Voraussetzungen für alle geschaffen. Zudem würden dadurch wichtige zusätzliche Mittel für die Finanzierung der im Zuge der Krisenbekämpfung gemachten staatlichen Schulden und eventuell für die Erhöhung der offiziellen Entwicklungshilfe eingenommen. So, wie die Steuerzahler die Banken gerettet haben, ist es jetzt an der Zeit, dass die Banken das Ihre tun, um die staatlichen Schulden abzutragen.

**24** Wir fordern die Spitzen der G20 auf:

- sich der uneingeschränkten und wirksamen Umsetzung aller beim G20-Gipfel in London beschlossenen Maßnahmen zu verpflichten;
- die Reichweite des G20-Aktionsplans im Einklang mit dem 8-Punkte-Plan von Global Unions für die Re-Regulierung der Finanzmärkte auszuweiten;
- für uneingeschränkte öffentliche Rechenschaftspflicht und Transparenz bei der Konzipierung und Ergreifung von Rettungsmaßnahmen für das Bankwesen zu sorgen;
- im Rahmen eines verbindlichen Abkommens, das sowohl für G20-Länder als auch für Offshore-Finanzplätze (OFCs) gilt, globale Maßnahmen bezüglich der Vergütung zu ergreifen und die Aufsichtsorgane zu einer Intervention zu befugen, u.a. durch eine Erhöhung des Kapitalbedarfs bei Nichteinhaltung. Es bedarf einer zügigen Einführung von Systemen für die Rückforderung von Bonuszahlungen, um leichtfertige Risikobereitschaft zu unterbinden. Die Vergütung sollte der langfristigen wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Leistung angepasst und im Verhältnis zur durchschnittlichen Vergütung bei der Bank bzw. dem Unternehmen (z.B. im Verhältnis 1:20) und zu den Gesamteinnahmen der Firma begrenzt sein. Das Einlösen von Boni und anderen leistungsabhängigen Plänen innerhalb von fünf Jahren sollte verboten werden.
- die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um die Steuereinnahmen zu sichern und zu erhöhen, auch durch die Verbreiterung der Steuerbasis und die Durchführung einer progressiven Steuerreform, die die zahlungskräftige Nachfrage der Privathaushalte nicht schwächt, sondern stärkt und soziale Ziele erfüllt;
- sich mit Steuerarbitrage und Steuersystem, die Schulden begünstigen und zum Wachstum des Schattenfinanzsystems beitragen, auseinanderzusetzen und die Zusammenarbeit in Bezug auf Steueroasen zu verbessern, indem automatische Systeme für den Informationsaustausch unterstützt werden;

- die Einführung einer weltweiten Steuer auf kurzfristige Finanztransaktionen zu befürworten;
- die Legitimität und Rechenschaftspflicht des Gremiums für Finanzstabilität (Financial Stability Board - FSB) zu verbessern und es für einen Dialog mit denjenigen interessierten Parteien zu öffnen, die "von unten" zur Finanzreform beitragen können: die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, auch die in der Finanzbranche, und die Gewerkschaften. Die Gewerkschaften sollten zum FSB-Plenum als Beobachter eingeladen werden. Außerdem sollte eine regelmäßige Unterrichtung und Konsultation zwischen den Gewerkschaften und dem FSB sowie eine regelmäßige Unterrichtung und Konsultation von Global Unions anlässlich der Zusammenkünfte mit der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) stattfinden. Dies sollte im Einklang mit den Verfahren für die Kontakte des FSB zu privaten Banken und Hedge-Fonds erfolgen.

#### **KASTEN 2: ACHT-PUNKTE-PLAN VON GLOBAL UNIONS FÜR DIE REGULIERUNG DER FINANZMÄRKTE**

1. Konsequenterweise gegen die „Schatten“-Finanzwirtschaft durchgreifen (z.B. private Kapitalpools und strukturierte Produkte);
2. Steueroasen und Offshore-Finanzplätze austrocknen und neue internationale Besteuerungsverfahren einführen;
3. Entwicklungsländern einen gerechten und nachhaltigen Zugang zu den internationalen Finanzmärkten gewährleisten;
4. Das Geschäftsmodell von Privatbanken reformieren, um Vermögensblasen vorzubeugen und Verschuldungsrisiken zu verringern;
5. Die Vergütung von Managern, Aktionären und anderen Kreditvermittlern kontrollieren;
6. Arbeitende Familien vor aggressiven Kreditverkäufern (Predatory Lending) schützen;
7. Die öffentliche Rechenschaftspflicht, das Mandat und die Mittel von Aufsichtsbehörden konsolidieren und erhöhen;
8. Den Bankensektor neu strukturieren und diversifizieren, einschließlich der Förderung eines sozial motivierten Finanzwesens und, sofern erforderlich, der Verstaatlichung insolventer Banken.

#### **AUSEINANDERSETZUNG MIT DEN AUSWIRKUNGEN DER KRISE AUF ENTWICKLUNGSLÄNDER**

- 25** Die Krise, die in den Industrieländern begann, hat jetzt auf die Entwicklungsländer übergreifen. Ein zurückgehendes Handelsvolumen, sinkende Exportpreise, verminderte private Netto-Kapitalströme und ausländische Direktinvestitionen (ADI) sowie zurückgehende Überweisungen tragen, zusammen genommen, zu einer Verschärfung der Armutfolgen der Ernährungs- und Energiekrise bei. Die Arbeitsplatzverluste von Wanderarbeitkräften, die besonders schutzlos sind, werden diese deflationären Wirkungen durch den Rückgang ihrer Überweisungen weiter verschärfen.
- 26** Die Krise hat die bezüglich der Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele (MDG) und der auf nationaler Ebene vereinbarten Entwicklungsziele

gemachten Fortschritte erheblich untergraben, vor allem in Ländern mit niedrigem Einkommen. Am meisten betroffen davon sind die arme Bevölkerung in ländlichen und städtischen Gegenden, landlose Bauern, Familien mit einem weiblichen Haushaltsvorstand, erwerbstätige Frauen und diejenigen, die erst kürzlich ihren Arbeitsplatz verloren haben.

- 27 Die internationalen Finanzinstitutionen (IFI) halten weiterhin an wirtschaftspolitischen Auflagen fest, die die Entwicklungsländer zu einer prozyklischen Fiskalpolitik zwingen – trotz der beim Londoner G20-Gipfel im April gemachten Zusage, dass man für eine „antizyklische“ IFI-Finanzierung sorgen werde, und der Erklärungen der IWF-Spitze bezüglich der Notwendigkeit abgestimmter globaler Stimulierungsmaßnahmen mittels öffentlicher Investitionen. Die Entwicklungsländer müssen sowohl die Ressourcen als auch den politischen Spielraum erhalten, um Wachstum zu erzielen und somit zum Wachstum der weltweiten Nachfrage beizutragen.
- 28 Es sind ehrgeizige und abgestimmte Sofortmaßnahmen erforderlich, wenn eine katastrophale Zunahme der Armut in den Entwicklungsländern verhindert werden soll. Die G20-Länder dürfen die Krise nicht zum Vorwand nehmen, um die Einhaltung ihrer Zusagen weiter hinauszuschieben. Wir fordern die Spitzen der G20 auf:
- die beim G20-Gipfel in London erneut bekräftigte Verpflichtung bezüglich der MDG und der offiziellen Entwicklungshilfe, besonders für die afrikanischen Länder südlich der Sahara, einzuhalten; die offizielle Entwicklungshilfe auf 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) zu erhöhen; einen Rahmen für die Rechenschaftspflicht der G20 bezüglich ihrer entwicklungsbezogenen Zusagen einzuführen, auch im Hinblick auf Fortschritte bei den MDG; dafür zu sorgen, dass die Hilfsmittel nicht an Auflagen geknüpft werden;
  - die beim G8-Gipfel in L'Aquila gemachten Zusagen bezüglich einer Reform des IWF und einer stärkeren Vertretung der Entwicklungsländer in die Tat umzusetzen; unverzüglich Maßnahmen zu ergreifen, um den Auflagenrahmen der internationalen Finanzinstitutionen (IFI) zu reformieren und auf diese Weise die expansiven wirtschaftlichen Erholungsprogramme in Entwicklungsländern im Einklang mit den beim G20-Gipfel in London gemachten Zusagen zu unterstützen;
  - Maßnahmen zu ergreifen, um eine erneute Schuldenkrise zu verhindern. Geber und multilaterale Finanzinstitutionen sollten dem Angebot von Finanzhilfen und Vorzugskrediten Priorität einräumen, um die Schuldentragfähigkeit der Entwicklungsländern sicherzustellen. Ferner sollte dafür gesorgt werden, dass die IFI ihre Schuldenreicherungsinitiativen ausweiten.
  - menschenwürdige Arbeit in den Mittelpunkt der Entwicklungshilfe und Unterstützungsmaßnahmen zu rücken, um menschenunwürdige, informelle und ungeschützte Beschäftigungsformen in den Griff zu bekommen, unter besondere Berücksichtigung von Frauen, indem das Arbeitsrecht und der Sozialschutz auf alle Beschäftigten ausgeweitet werden und der Trend in Richtung auf zunehmende Prekarität in der formellen Wirtschaft umgekehrt wird. Außerdem sollte ein globaler Fonds für menschenwürdige Beschäftigung eingerichtet und die Part-

nerländer sollten dabei unterstützt werden, die Kernübereinkommen der IAO zu ratifizieren und umzusetzen.

- in einen „Global New Deal“ für in staatlichem Besitz befindliche öffentliche Dienste zu investieren, um die Wirtschaft auf einem soliden Fundament der Primar- und Sekundarbildung, der beruflichen Bildung und Ausbildung, der Hochschulbildung und Forschungsarbeit sowie solider öffentlicher Gesundheits-, Wasser- und Abwassersysteme wieder aufzubauen. Außerdem sollten Schutz- und Impfprogramme für Beschäftigte im öffentlichen Gesundheitswesen in Entwicklungsländern unterstützt und es sollte etwas getan werden, um den globalen Arbeitskräftemangel im Gesundheitswesen in den Griff zu bekommen;
- die Rolle des UN-Entwicklungssystems bezüglich der Reaktion auf die Wirtschaftskrise und deren Auswirkungen auf die Entwicklung zu stärken;
- Schritte einzuleiten, um die Spekulation mit Rohstoffen zu verbieten, die direkte Auswirkungen auf den Zugang von Millionen Menschen in Entwicklungsländern zu Nahrungsmitteln hat;
- dafür zu sorgen, dass bei der 7. Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation (WTO) (Genf, 30. November – 2. Dezember 2009) eine Vereinbarung darüber zustande kommt, dass die Doha-Entwicklungsagenda zu einer wirklichen Entwicklungsrunde werden sollte, die die Schaffung menschenwürdiger Arbeit sowohl in Industrie- als auch in Entwicklungsländern unterstützt. Außerdem sollten Maßnahmen ergriffen werden, um einen Strukturwandel herbeizuführen, der kein Nullsummenspiel ist, indem in Betrieben, Industriebranchen, Regionen und Arbeitsmärkten ein sozial gerechter Wandel ermöglicht wird.

<sup>29</sup> Wir fordern die G8-Mitglieder der G20 auf:

- die in der gemeinsamen Erklärung von L'Aquila zur globalen Ernährungssicherheit gemachten Zusagen einzuhalten und in die *„Ausweitung von Beschäftigung und angemessenen Arbeitsmöglichkeiten, Wissen und Ausbildung“* zu investieren. Die Verbesserung des Zugangs zu Nahrungsmitteln beinhaltet eine Auseinandersetzung mit dem vorherrschenden Modell der Agrar- und Ernährungswirtschaft, das die ländlichen Existenzgrundlagen und Gemeinwesen in vielen Ländern ernsthaft untergraben hat.

## **KLIMAWANDEL: EIN „GERECHTER ÜBERGANG“ FÜR EINE EHRGEIZIGE UND FAIRE VEREINBARUNG ZUM KLIMAWANDEL IN KOPENHAGEN**

<sup>30</sup> Die Staats- und Regierungschefs der G20 müssen sicherstellen, dass die dringend erforderlichen Maßnahmen gegen den Klimawandel nicht von dieser Krise vereitelt werden. Vielmehr sollten die Regierungen global abgestimmte fiskalpolitische Antworten auf die Wirtschaftskrise geben, um die Agenda für eine „grüne Wirtschaft“ voranzubringen und damit den Weg für ein ehrgeiziges Klimaschutzabkommen im Dezember in Kopenhagen zu ebnen.

- 31** Diese Schritte sind erforderlich, wenn wir den Anstieg der durchschnittlichen Welttemperatur um mehr als 2 Grad Celsius verhindern und eine weit reichende Klimakatastrophe abwenden wollen: eine Klimakatastrophe, die bestenfalls, gemäß Stern-Report, den Verlust von 5 Prozent des globalen Bruttoinlandprodukts „jetzt und für immer“ mit sich bringt, oder schlimmstenfalls den Zusammenbruch ganzer Gesellschaften, wie ihn aktuelle Modelle über langfristige Wechselwirkungen zwischen Umwelt und Wirtschaft voraussagen. Es ist sehr wichtig, dass der G20-Gipfel eine eindeutige Botschaft bezüglich der Notwendigkeit, in Kopenhagen ein Abkommen zu erzielen, aussendet. Ein solches Abkommen muss ehrgeizige Ziele mit verbindlichen Zusagen für die Reduzierung von Treibhausgasemissionen (THG-Emissionen) in den Industrieländern enthalten sowie wirksame Maßnahmen zur Reduzierung oder zum kontrollierten Anstieg von THG-Emissionen in den Entwicklungsländern, um dort eine CO<sub>2</sub>-arme Entwicklung in Gang zu bringen.
- 32** Die Regierungen müssen sich bewusst sein, dass das Zustandekommen eines Klimaschutzabkommens von einem breiten und nachhaltigen politischen Konsens bezüglich der Ziele und Mittel, diese zu erreichen, abhängig ist. Sie müssen die sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen eines solchen Abkommens erkennen und über eine klare Strategie verfügen, um sich damit auseinanderzusetzen. Diese Strategie sollte auf dem Konzept eines „gerechten Übergangs“ basieren. Ein „gerechter Übergang“ macht es erforderlich, dass die Regierungen Vorkehrungen treffen, um den Weg in Richtung auf eine nachhaltigere Gesellschaft zu ebnen, indem die Kapazitäten der „grünen Wirtschaft“ in Bezug auf Arbeit und eine Lebensgrundlage für alle ausgebaut werden. Ein gerechter Übergang erfordert *unter anderem* umfassende Investitionen in die Entwicklung einer langfristigen, nachhaltigen Industriepolitik, um menschenwürdige und „grüne“/nachhaltige Arbeitsplätze zu erhalten und zu schaffen, alle Betriebe „grüner“ zu machen und die entsprechenden Technologien zu entwickeln und zu nutzen. Erforderlich ist zudem eine Beratung mit Gewerkschaften und Arbeitgebern, die Förderung des Schulungsangebots für Arbeitnehmer/innen sowie die Verfolgung einer Politik, die auf Sozialschutz und wirtschaftliche Diversifizierung abzielt.
- 33** Es ist dringend notwendig, dass die Industrieländer den Anpassungsprozess in den Entwicklungsländern unterstützen und finanzielle Mittel sowie technische Unterstützung für die Entwicklung, Erneuerung und Nutzung neuer emissionsarmer Technologien bereitstellen. Dies beinhaltet das Angebot von Qualifizierungs- und Umschulungsmaßnahmen für die Beschäftigten.
- 34** Wir fordern die G20 daher auf, eine Führungsrolle zu übernehmen und:
- umfassende und arbeitsintensive Investitionen in die grüne Infrastruktur vorzunehmen, wie etwa in Energieeffizienz, Gebäude, erneuerbare Energien und öffentliche Verkehrsmittel;
  - Schulungs- und Qualifizierungsprogramme für Beschäftigte zu entwickeln, um ihnen den Zugang zu guten „grünen“ Arbeitsplätzen zu ermöglichen. Diese müssen vor allem auf besonders schutzlose Gruppen abzielen, wie beispielsweise auf diejenigen, die besonders unter der derzeitigen Wirtschaftskrise zu leiden haben.

- sich zu ehrgeizigen kurz- und mittelfristigen Zielen für die Reduzierung der Treibhausgasemissionen (THG) zu verpflichten, basierend auf den jeweiligen Verantwortlichkeiten und Kapazitäten, und die für ein erfolgreiches Abkommen in Kopenhagen notwendigen finanziellen Mittel zu mobilisieren;
- sich auf internationaler und nationaler Ebene für einen „gerechten Übergang“ zu einer emissionsarmen und sozial gerechten Wirtschaft einzusetzen und die im UNFCCC-Verhandlungstext für die COP15 in Kopenhagen vertretene Position zu unterstützen;
- die Rolle der Gewerkschaften bei der Konsensbildung und der Schaffung der für den anstehenden groß angelegten Übergang erforderlichen Bedingungen anzuerkennen;
- die Bereitstellung der Euro 200 Milliarden zuzusagen, die für die Unterstützung des Anpassungsprozesses in Entwicklungsländern für den Zeitraum 2013-2017 erforderlich sind, und Maßnahmen zu ergreifen, um zu zusätzlichen Investitionen des privaten Sektors anzuregen.

## ÜBER DIE KRISE HINAUS: EIN NEUES MODELL, UM DIE WIRTSCHAFT WIEDER INS GLEICHGEWICHT ZU BRINGEN

**35** Die Spitzen der G20 haben beim Gipfel in London Folgendes erklärt:

*Wir gehen von der gemeinsamen Überzeugung aus, dass gesellschaftliches Gedeihen und Wohlstand unteilbar sind, dass Wachstum mit anderen geteilt werden muss, wenn es nachhaltig sein soll, dass im Mittelpunkt unseres globalen wirtschaftlichen Erholungsplans die Bedürfnisse und Arbeitsplätze hart arbeitender Familien stehen müssen, und zwar nicht nur in den Industrie-, sondern auch in den Schwellenländern und den ärmsten Ländern der Welt, und dass wir nicht nur die Interessen der heutigen Bevölkerung, sondern auch die künftiger Generationen berücksichtigen müssen. Wir sind der Auffassung, dass die einzige sichere Grundlage für eine nachhaltige Globalisierung und wachsenden Wohlstand in der Welt eine offene Weltwirtschaft ist, die auf marktwirtschaftlichen Prinzipien, einer wirksamen Regulierung und starken globalen Institutionen basiert. Wir haben uns daher heute verpflichtet, alles zu tun, um ... eine niemanden ausgrenzende, grüne und nachhaltige wirtschaftliche Erholung zu erreichen<sup>10</sup>.*

36 Die Staats- und Regierungschefs der G20 dürfen sich von dieser Erklärung nicht abwenden. Die Krise hat die Versäumnisse des Marktfundamentalismus der letzten Jahrzehnte deutlich gemacht. Die von der OECD<sup>11</sup> dokumentierte weit verbreitete Zunahme der Ungleichheit in den letzten beiden Jahrzehnten war nicht nur sozial ungerecht, sondern auch die Hauptursache für die makroökonomischen Ungleichgewichte, die die Krise ausgelöst haben. Deregulierte Finanzmärkte und Finanzinnovationen haben nicht zu effizienteren Volkswirtschaften geführt, sondern lediglich die Risiken erhöht. Es ist daher jetzt an der Zeit, an einem neuen wirtschaftlichen Entwicklungsmodell zu arbeiten, an einem

10 G20 Global Plan for Recovery and Reform, London, 2. April 2009 (inoffizielle Übersetzung)

11 OECD, Growing Unequal, 2008

Modell, das nachhaltig und fair ist und das wirtschaftliche Gleichgewicht wiederherstellt. Dies ist die Gelegenheit unserer Generation, ein Modell für die wirtschaftliche Entwicklung zu konzipieren, das die Menschen, die Umwelt und das öffentliche Interesse in den Vordergrund stellt.

**37** Die gegenwärtig von einigen G20-Regierungen gemeinsam mit dem IWF und der OECD<sup>12</sup> erörterten „Ausstiegsstrategien“ legen für die Zeit nach 2010 folgende Prioritäten fest: Rückzug des Staates aus den Finanzmärkten; Einstellung der geldpolitischen Stimulierungsmaßnahmen und Abbau staatlicher Defizite, hauptsächlich durch die Senkung öffentlicher Ausgaben sowie durch Verbrauchs- und Vermögenssteuern<sup>13</sup>. Diese Reaktion auf die Gefahr zurückgehender Wachstumsraten ist jedoch nichts weiter als die Neuauflage der strukturpolitischen Rezepte der letzten Jahrzehnte: verminderter Kündigungsschutz, mehr Lohnflexibilität, weniger „großzügige“ Arbeitslosenunterstützung und Deregulierung, obwohl beide Organisationen zugegeben haben, dass die Verbindungen zwischen strukturpolitischen Maßnahmen und Wachstum komplex und generell nicht besonders bekannt seien. Die Vorstellung, dass die Bevölkerung und die Steuerzahler zweimal für die Krise zur Kasse gebeten werden – erst für die Rettungs- und Stimulierungsmaßnahmen und dann, indem ihnen die Kosten verminderter kollektiver Rechte auf Sozialleistungen und soziale Sicherheit aufgebürdet werden – dürften sich als politisch inakzeptabel erweisen.

**38** Das neue Modell muss auf einem ausgewogenen lohngetriebenen Wachstum basieren und nicht auf Finanzialisierung und exzessiven Gewinnen. Die politischen Strategien müssen so konzipiert sein, dass die Wirtschaft wieder ins Gleichgewicht gebracht wird: Finanz- und Realwirtschaft; die Rechte von Arbeit und Kapital; Länder mit einem Handelsüberschuss und Länder mit einem Handelsdefizit; Industrie- und Entwicklungsländer. Es ist an der Zeit, breiter gefasste Indikatoren – über das BIP hinaus – festzulegen, um wirtschaftliche und gesellschaftliche Fortschritte zu messen. Die Regierungen müssen auf eine progressive Steuerreform hinarbeiten, um die Kosten der Krise gerecht zu verteilen und eine nachhaltige Lösung für die wachsenden Defizite im Staatshaushalt zu finden. Auf diese Weise hätten die Unternehmen und Manager, die die Krise verursacht haben, die Last zu tragen und nicht die Beschäftigten, die angesichts der in einigen OECD-Ländern erwarteten Arbeitslosenquoten von 20% die ersten wären, die unter Sparplänen zu leiden hätten.

**39** Ein ausgewogeneres Wachstum erfordert zudem die Reform der internationalen Wirtschaftsinstitutionen. Die Regierungen sollten die Ergebnisse der UN-Konferenz über die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise und deren Auswirkungen auf die Entwicklung umsetzen. Die Gewerkschaften müssen eine umfassende Rolle in den neuen Lenkungs- und Beratungsstrukturen bei internationalen Organisationen spielen und ihre institutionellen Verbindungen zur OECD dabei als Modell nehmen.

**40** Die G20 muss dem IWF und der Weltbank einen zeitlichen Rahmen für die seit langem überfällige zügige Überprüfung ihrer Lenkungsstruk-

12 IWF und OECD, Global Economy After the Crisis: Policies and Prospects over the Medium Term, Mai 2009

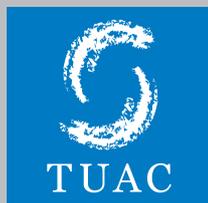
13 OECD, Going for Growth, 2009

turen vorschlagen. Sowohl der IWF als auch die Weltbank müssen ihre Führungsstrukturen derart reformieren, dass die Entwicklungsländer in den Entscheidungsorganen der beiden Institutionen wesentlich stärker vertreten sind und die Rechenschaftspflicht für IFI-Programme ausgeweitet wird. Die internationale Gewerkschaftsgruppierung Global Unions befürwortet den Vorschlag einer zumindest paritätischen Vertretung der Entwicklungsländer gegenüber den Industrieländern sowohl bei der Weltbank als auch beim IWF. Die IFI sollten ihre Rechenschaftspflicht verbessern, indem sie es zur Pflicht machen, die Kredite und die damit verbundenen Auflagen vor ihrer Genehmigung publik zu machen und indem sie die Regierungen dazu ermutigen, die Kreditvereinbarungen vom Parlament absegnen zu lassen. Ferner sollten sie die Kreditverhandlungen über das Finanz- oder Wirtschaftsministerium und die Vertreter der Zentralbanken, mit denen die IFI traditionell in Verbindung stehen, hinaus ausweiten, um auch Konsultationen mit den Gewerkschaften und anderen interessierten Parteien zu ermöglichen. Auf globaler Ebene sollte der Dialog der IFI mit den Gewerkschaften und andern interessierten Parteien öffentlichkeitswirksamer präsentiert werden, auch durch eine formelle gewerkschaftliche Beratungsstruktur.

- 41** Die G20 muss die soziale und ökologische Dimension der wirtschaftlichen Entwicklung stärken, indem sie dafür sorgt, dass die Charta für nachhaltiges Wirtschaften und die globale Norm für Angemessenheit, Integrität und Transparenz zu wirksamen Instrumenten werden, die im Rahmen eines strikten, partizipatorischen und transparenten Umsetzungsverfahrens in Kraft zu setzen sind. Die Agenda der IAO für menschenwürdige Arbeit muss in die Charta für nachhaltiges Wirtschaften integriert werden: Rechte bei der Arbeit, Beschäftigungs- und Verdienstmöglichkeiten, Sozialschutz und soziale Sicherheit sowie sozialer Dialog und Dreigliedrigkeit. Die globale Norm für Angemessenheit, Integrität und Transparenz – innerhalb der Charta – muss die OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen beinhalten.







ERKLÄRUNG VON GLOBAL UNIONS ANLÄSSLICH DES  
G20-GIPFELS IN PITTSBURGH

## **PITTSBURGH-ERKLÄRUNG VON GLOBAL UNIONS**

24. UND 25. SEPTEMBER 2009